

POTSDAMER

NEUESTE NACHRICHTEN



KRENTZ
IMMOBILIEN



Das „Mohrenrondell“ im Park **Sanssouci** ist umbenannt – Seite 7

75 Jahre bei der Feuerwehr: Wie **Gerd Bardemann** aus Potsdam das geschafft hat – Seite 9



Heute mit Sonntag, Leserpost, In Potsdam und Mehr Genuss

POTSDAM, WOCHENENDAUSGABE VOM 15. MAI 2021

WWW.PNN.DE

71. JAHRGANG / NR. III / 2,40 €



Legendär

Die Defa in Babelsberg war die Traumfabrik der DDR und schuf bleibende Filmkunst wie „Die Legende von Paul und Paula“, voller Sehnsucht und Eigensinn, der Zensur zum Trotz

– Seite 19

Die Defa-Schauspieler Angelica Dornese und Winfried Glatze. Foto: Defa

Berlin Autofrei Undenkbar – bis zum Versuch

VON CHRISTIAN LATZ

Staus, verletzte Radfahrer:innen, Lärm und Abgase. Viele Menschen empfinden den Straßenverkehr in der Hauptstadt als massive Belastung. Wenn der Blick auf die Kolonnen von Fahrzeugen fällt, kommt die Frage auf: Könnte die Stadt nicht anders aussehen?

Das propagiert die Initiative „Berlin Autofrei“. Ihr Ziel: motorisierten Verkehr massiv zu reduzieren. Während an vielen Stellen noch über einzelne Radwege und Parkplätze debattiert wird, holen die Aktivist:innen zum großen Schlag aus. Per Volksbegehren wollen sie privaten Autoverkehr innerhalb des S-Bahn-Rings abgesehen von den Bundesfernstraßen verbieten. Fahrten mit dem Pkw sollen nur noch als Ausnahme möglich sein. Das klingt realitätsfern. Tatsächlich ist es eine Vision, die sich nicht von heute auf morgen umsetzen ließe. Doch der Plan ist längst nicht so weltfremd, wie er zunächst klingen mag.

Da sind zunächst die vielen vorgesehenen Ausnahmen. Müllabfuhr, Polizei und Feuerwehr oder Busse der BVG sind ohnehin ausgenommen. Gleiches gilt für den Wirtschaftsverkehr. Auch Privatpersonen können sich vom Verbot befreien lassen, etwa weil sie in ihrer Mobilität eingeschränkt sind oder die Fahrtzeit beim Berufspendeln mit Bus und Bahn unverhältnismäßig steigen würde. Alle anderen Berliner:innen können auch noch ins Zentrum fahren: zwölf Mal pro Person und Jahr. Das nimmt der Idee einen Teil ihrer Schärfe.

Dennoch wäre die Veränderung massiv. Es ginge nicht um wenige Hundert Meter wie in der Friedrichstraße. Wer heute fast täglich privat per Auto unterwegs ist, dürfte dies nicht mehr uneingeschränkt. Bleibt die Frage: Ist so ein Eingriff in Freiheitsrechte gerechtfertigt? Das kommt darauf an, welcher Freiheitsbegriff zugrunde liegt. Zwar beschneidet die Idee des Volksbegehrens die Menschen in der freien Wahl ihres Verkehrsmittels. Zugleich schafft der Schritt aber eine Vielzahl von neuen Räumen und Freiheiten. Er entlastet Menschen von Lärm und Abgasen. Er reduziert das Risiko für alle, in einen schweren Unfall verwickelt zu werden. Und nicht zuletzt schafft er viel Platz.

In einer immer stärker verdichteten Hauptstadt ist Fläche eines der kostbarsten Güter. Sie im Umfang wie heute Fahrzeugen zur Verfügung zu stellen, die im Schnitt 23 Stunden am Tag geparkt stehen, ist maßlose Verschwendung. All das sieht grundsätzlich auch Verkehrsexpert:innen Regine Günther (Grüne) so. Doch die Maßnahmen ihrer Verwaltung bleiben oft dahinter zurück. Allein deshalb ist eine Initiative richtig, die Druck ausübt.

Die Stadt wird über das Volksbegehren tiefgespalten sein. Insbesondere am Stadtrand dürfte die Begeisterung für ein autoreduziertes Zentrum überschaubar bleiben. Dort sind Wege länger, Alternativen mit Bus, Bahn oder Rad noch umständlich. Einiges wird sich verbessern müssen – zumal die vorhandenen Schienenverbindungen nicht für Zehntausende zusätzliche Pendler:innen ausreichen. Realistisch werden die Pläne erst mit einem Ausbau des Nahverkehrs. Rund um den Globus wird damit begonnen, Innenstädte neu zu denken. Auch in Berlin wird sich der Straßenraum stark wandeln. Die Stadt ist mit dem hervorragenden Nahverkehrsangebot im Zentrum prädestiniert für den Wandel.

Widerstand erwächst nicht zuletzt daraus, dass eine Alternative zum Status quo für viele unvorstellbar scheint. Mehr als hundert Jahre Siegeszug des Autos haben die Sicht auf Alternativen verstellt. Vieles ist nur undenkbar, solange es nicht versucht wird.

Behörden befürchten Angriffe auf Synagogen

Israelfeinde planen Demos in mehreren Städten. Potsdamer Rabbiner Homolka: Antisemitismusbekämpfung muss Staatsziel sein

VON CH. BÖHME UND F. JANSEN

BERLIN/POTSDAM - Mit wachsender Sorge blicken die Sicherheitsbehörden auf die angekündigten Demonstrationen von Israelfeinden am Wochenende. „Wir sehen eine hohe Mobilisierung und ein erhöhtes Gewaltpotenzial“, sagte ein hochrangiger Experte am Freitag dem Tagesspiegel. Für den Sonnabend seien bislang 25 Veranstaltungen angemeldet, Schwerpunkte seien Nordrhein-Westfalen und Berlin. Die Organisatoren kämen aus dem Spektrum der palästinensischen Terrororganisationen Hamas und PFLP sowie aus der islamistischen Muslimbruderschaft, hieß es.

Zu befürchten seien nicht nur Angriffe hoch emotionalisierter Demonstranten auf Personen, die für Juden gehalten würden, sondern auch Attacken abseits der Veranstaltungen. Gefährdet seien sowohl

Synagogen als auch weitere jüdische und israelische Einrichtungen.

In Berlin sind für Sonnabend drei Demonstrationen und eine weitere am Sonntag zu erwarten. „Sorgen bereiten uns die krawallorientierten Jugendlichen“, sagte der Staatssekretär der Senatsverwaltung für Inneres, Torsten Akmann, dieser Zeitung. Es seien Gewaltausbrüche zu befürchten, „wenn die Polizei einschreiten muss, um das Verbrennen von Israelflaggen und volksverhetzende Parolen zu unterbinden“.

Rabbiner Walter Homolka, Rektor des Abraham Geiger Kollegs in Potsdam, bat die Kirchen um Unterstützung bei der Verankerung der Antisemitismusbekämpfung als eigenständigem Staatsziel in der Brandenburgischen Verfassung. „Seit Monaten wird darüber zwischen den Fraktionen gestritten. Da wäre es hilfreich, wenn

wir mit den Kirchen zusammen sagen könnten: Jetzt ist die Zeit, Signale zu setzen“, sagte Homolka am Freitag bei einer Talkrunde auf der SocialMedia-App Clubhouse, organisiert von katho.de und der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) zum Ökumenischen Kirchentag. Homolka betonte, Antisemitismus sei nicht das Gleiche wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern ein „besonderes Phänomen“. Deshalb müsse Artikel 7a der Landesverfassung entsprechend ergänzt werden. Die Forderung für eine Aufnahme als Staatsziel geht auf eine Initiative der F.C. Flick Stiftung, des Abraham Geiger Kollegs und des Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrums zurück.

Israels Botschafter Jeremy Issacharoff hofft angesichts der sich häufenden antisemitischen Vorfälle auf mehr Schutz. „Ich bitte die deutschen Behörden dringend, al-

les dafür zu tun, für die Sicherheit unserer Gemeinde hier zu sorgen“, sagte Issacharoff am Freitag im ARD-„Morgenmagazin“. Seit der vergangenen Woche nimmt die Zahl antisemitischer Attacken in Deutschland zu. In Bonn bewarfen Araber die Synagoge mit Steinen und verbrannten eine Israelfahne, in Münster zündete eine Gruppe nahe der Synagoge eine israelische Flagge an. Der jüdischen Gemeinde in Hannover wurde ein Brandanschlag angedroht, im Internet werden Juden mit Hassparolen attackiert.

Unterdessen wächst der Druck auf Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), die palästinensische Terrororganisation PFLP zu verbieten. Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer hatte am Donnerstag im Gespräch mit dem Tagesspiegel die Auflösung der PFLP gefordert. Dem schlossen sich am Freitag der

Zentralrat der Juden sowie Politiker aus Union, SPD, Grünen, FDP und AfD an.

Am Freitagabend fand in der Synagoge in Berlin-Wilmersdorf ein Solidaritätsgottesdienst für die in Israel durch den Raketenbeschuss der Hamas getöteten Menschen statt. Daran nahmen Botschafter Issacharoff, Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) und die in Potsdam lebende Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock teil.

Im Nahen Osten hält die Gewalt an. Nach weiteren Raketenangriffen von Palästinensern verstärkte Israels Armee die Attacken auf den von der Hamas beherrschten Gazastreifen. Bodentruppen seien im Einsatz, hieß es von israelischer Seite, sie seien aber nicht in den Gazastreifen vorgedrungen.

(mit KNA)

— Seite 4

Giffey will Kinder bevorzugt impfen

Deutschland holt bei Immunisierung auf. Inzidenz sinkt in Brandenburg auf 72, Lockerungen ab 21. Mai geplant

BERLIN/POTSDAM - Erstmals seit dem 20. März ist die Sieben-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen mit dem Coronavirus in Deutschland bundesweit wieder unter die Marke von 100 gefallen. Am Freitag gab das Robert-Koch-Institut (RKI) den Wert für 100 000 Einwohner in sieben Tagen mit 96,5 an. Trotz der erfreulichen Tendenz mahnte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zur Vorsicht. „Wie der Juli und August werden, das entscheidet sich in den nächsten sechs Wochen“, sagte er und appellierte an Bundesländer und Kreise, die Innengastronomie erst ab Inzidenzen unter 50 zu öffnen. Die Grenze für die bundesweite Notbremse mit Ausgangs- und schärferen Kontaktbeschränkungen liegt bei 100. Liegt er konstant darunter, sind Öffnungsschritte möglich.

Auch Brandenburg liegt mit der landesweiten Sieben-Tage-Inzidenz mittlerweile deutlich unter 100, der Wert sank erneut von rund 76 auf gut 72. Bei einem stabilen Wert unter 100 soll künftig der Be-

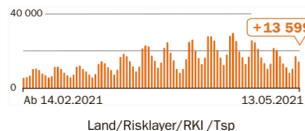
such von Gaststätten im Freien mit negativem Test und Termin, von Konzerten und Theater draußen mit Negativtest und bis zu 100 Leuten sowie das Übernachten in Ferienwohnungen, auf Campingplätzen und Charterbooten ab 21. Mai möglich sein, hieß es aus der Landesregierung.

VIRUS in Zahlen

Neuinfizierte pro 100 000 Einwohner in den vergangenen 7 Tagen

BRANDENBURG 72 | DEUTSCHLAND 97

Deutschland gesamt



Als Grund für die sinkenden Fallzahlen in ganz Deutschland machte Spahn neben Vorsichtsmaßnahmen und Beschränkungen den Fortschritt der Impfkampagne aus. Allein am Mittwoch und Donnerstag seien zwei Prozent der Bevölkerung geimpft worden. Für Mittwoch meldete das RKI mit mehr als 1,3 Millionen Impfungen einen neuen Tagesrekord. Insgesamt liegt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich inzwischen mit vorn. Dass fast 36 Prozent der Menschen in Deutschland mindestens einmal geimpft sind und mehr als zehn Prozent den vollen Impfschutz haben, nannte Spahn einen „großen Schritt nach vorne“.

Die höchste Quote an mindestens Erstgeimpften verzeichnet das Saarland mit 40,4 Prozent. In Berlin erhielten bisher 32,8 Prozent und in Brandenburg 31,5 Prozent der Bürger:innen die erste Dosis. Spahn machte jedoch deutlich, dass das Tempo der Erstimpfungen jetzt abnehmen könnte, da bis Ende Mai nun schwer-

punktmäßig viele Zweitimpfungen vorgenommen werden müssten, um den vollen Impfschutz herzustellen.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, vorrangig Kindern und Jugendlichen ein Impfangebot zu machen, sobald der Impfstoff für diese Gruppe zugelassen ist. Giffey forderte die Bundesländer auf, zügig alles vorzubereiten, um den drei Millionen Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren schnell ein Angebot machen zu können.

Spahn stellte in der „Bild“-Zeitung ein Ende der Maskenpflicht in Aussicht, „wenn jeder sich problemlos impfen lassen könnte, weil genug Impfstoff für alle da ist.“ Dagegen warnte der Bonner Virologe Hendrik Streeck davor, die Pandemie bereits für beendet zu erklären. „Es könnte sein, dass wir eine vierte Welle erleben im Herbst“, sagte er. ks/lem/trtr/dpa

— Seiten 2, 7 und 10

INDEX

WIRTSCHAFT & BÖRSEN 13 – 16
Der Dax legte dank der erhöhten Wall Street zu. Der deutsche Leitindex schloss bei 15 416 Zählern.

WETTER 2
Am internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer weht mächtiger Wind. Dazu regnet es teils kräftige Schauer, es gibt Gewitter.

POLITIK & MEINUNG 1–6
POTSDAM 7–10
BRANDENBURG 10–11
SPORT 17–18
MEDIEN/TV-PROGRAMM 23
WELTSPIEGEL 24

ABONNENTENSERVICE : (0331) 2376-100
ANZEIGENSERVICE (0331) 2376-111
REDAKTION (0331) 2376-132



ANZEIGE

Arneis Blangé Bio Ceretto
0,75l
1L = 20,60€

15,45€

Trüffel-Chips Giuliano Tartufritte
45g
100g = 5,76€

2,59€

Passata Bio Inserbo
680g
1kg = 3,66€

2,49€

SUPERMERCATO & BISTRO

CENTRO ITALIA

DAL 1968

WARME PASTAGERICHTE ZUM MITNEHMEN!

Pizza-Mozzarella gerieben Südtirol
150g
100g = 1,33€

1,99€

Crema Cremino Pernigotti
350g
100g = 1,85€

6,49€

Prosecco Rosé S. Anna
0,75l
1L = 10,60€

7,95€

PRENZLAUER BERG: Greifswalder Str. 80c Mo-Fr: 10-19Uhr Sa: 10-16Uhr P FREI
Angebote gültig bis 29.05.2021

CHARLOTTENBURG: Sophie-Charlotten-Str. 9-10 Mo-Fr: 9-18:30Uhr Sa: 10-16Uhr P FREI
WWW.CENTRO-ITALIA.DE facebook:berlin.centro.italia

MARIENFELDE: Großbeerenstr. 169-171 Mo-Fr: 10-19Uhr Sa: 10-16Uhr P FREI
Vintoria GmbH & Co. KG